



© Archiv

Warten auf die Beihilfe

Eine beinahe unendliche Geschichte!

In den letzten Wochen war in den Medien immer wieder zu vernehmen, dass Beamte zu teuer sind, und der Ruf zur Beschneidung ihrer sogenannten Privilegien wurde nicht nur immer lauter, sondern traf aufgrund einseitiger und populistischer Formulierungen auf so manch offenes Ohr.

Nun können wir hier nicht auf alle Argumente eingehen, aber ein Aspekt sollte dennoch einmal genauer betrachtet werden. Jeder weiß, dass in finanziell knappen Zeiten ein Weg zur Überbrückung von Engpässen die verzögerte Zahlung bestehender Verpflichtungen ist.

Das sollte so nicht sein, aber man tut es auch in der Annahme, dass große Konzerne und Unternehmen dies schon verkraften werden.

► Wartezeit bis zu 22 Tage

Offensichtlich stuft die Landesregierung unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen in genau diese Kategorie ein, denn wie lässt es sich anders erklären, dass diese Wochen oder, um konkret zu sein, bis zu 22 Tage auf die von ihnen beantragte Beihilfe warten müssen. Hier stellt sich die Frage, ob die monatlichen Einkommen überhaupt bekannt sind!

Es ist bekannt, dass Kosten für Medikamente, Arztbesuche oder gar Krankenhausaufenthalte von unseren pri-

vat versicherten Kolleg(inn)en zunächst vorgestreckt werden müssen. Dabei handelt es sich nicht nur um Beträge, welche mal so eben vorfinanziert werden können. Allein die Kosten für Medikamente steigen stetig.

Besonders extrem wird es, wenn ein Krankenhausaufenthalt mit einhergehender Operation ansteht. Da sind fünfstelligen Beträge keine Seltenheit. Wie diese dann zwischenfinanziert werden sollen, ist für viele eine unlösbare Frage. Gerade junge Kollegen haben bereits finanzielle Verpflichtungen durch Kredite für Haus- oder Wohnungskauf. Auch das eigene Auto ist zu meist auf Kredit gekauft. Daran ändert auch die beschönigende Formulierung „Leasing“ nichts. Ebenso ist es bei einem Nettoeinkommen von beispielsweise 2 500 Euro unmöglich, einen Dispokredit in Höhe des Zehnfachen zu bekommen. Am Ende bleibt vielen Kolleg(inn)en nichts anderes übrig, als durch nicht beglichene Rechnungen in eine Schuldenfalle zu geraten.

Das alles sollte auch im Finanzministerium bekannt sein. Als DPoIG fordern wir die Finanzministerin Heike Taubert auf, hier umgehend eine dauerhafte und befriedigende Lösung zu etablieren, damit das Warten auf die Beihilfe nicht weiter zu einer beinahe unendlichen Geschichte wird.

► Private Vorfinanzierungen bei der Gesetzlichen undenkbar

Um nochmals auf den Ausgangspunkt der besonderen Privilegien für Beamte zu kommen. Was würden gesetzlich Versicherte, insbesondere Rentner, sagen, wenn sie ihre Arzt- und Apothekenrechnungen zunächst aus eigener Tasche vorfinanzieren müssten. Auch hier wäre es bei vielen unmöglich.

Dabei geht es nicht darum, den Status der gesetzlich Versicherten zu verschlechtern, sondern unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen so abzusichern, dass sie erst gar nicht in finanzielle Nöte geraten. Hier ist in erster Linie die Finanzministerin gefragt! ■

Impressum:

Landesverband und Redaktion:
Deutsche Polizeigewerkschaft
Thüringen e. V. unter Vorsitz von
Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)
Schwerborner Straße 33
99086 Erfurt
Tel.: 0361.2657097
Fax: 0361.2658959
E-Mail:
presse@DPoIG-Thueringen.de
Twitter: @DPoIGThueringen
ISSN 09 45 – 05 13
Autoren sind in den Beiträgen
bezeichnet und der Redaktion
namentlich bekannt.

Daniela Mai führt den DPoIG-Kreisverband der Bereitschaftspolizei

In den vergangenen Monaten wurde der Kreisverband der Bereitschaftspolizei durch unseren Kollegen André Wagner kommissarisch geführt. Dies tat er neben seiner Funktion als Tarifbeauftragter der DPoIG in Thüringen. Dafür, dass er neben seiner eigentlichen Tätigkeit bereit war, diese zusätzliche Belastung auf sich zu nehmen, gilt unser besonderer Dank!

Es mag wie eine Vorsehung aussehen, denn im Mai hat sich unsere Kollegin Daniela Mai bereit erklärt, die Führung des Kreisverbandes der Bereitschaftspolizei zu übernehmen.

Mit Daniela Mai konnten wir eine im Polizeidienst erfahrene Kollegin für uns gewinnen. 1994 begann sie ihre Ausbildung bei der Thüringer Polizei. Im Anschluss an die erfolgreich absolvierte Ausbildung war sie als Gruppenführerin einer Einsatzhundertschaft der Bereitschaftspolizei tätig. 2002 wechselte sie als Sanitätsbeamte in den Polizeiarztlichen Dienst. Während dieser Zeit qualifizierte sie sich weiter und legte die staatlichen Prüfungen als Rettungsassistentin und Notfallsanitäterin ab.

Trotz ihrer anspruchsvollen und ausfüllenden Tätigkeit hat sich Kollegin Mai dafür entschieden, in verantwortlicher Position gewerkschaftliche Arbeit zu leisten. Was sie dazu bewog und welche Akzente sie persönlich als Vorsitzende des Kreisverbandes der Bereitschaftspolizei in Thüringen setzen möchte, darüber haben wir mit ihr gesprochen.

POLIZEISPIEGEL (P. S.): Frau Mai, Sie haben sich entschlie-

den, die vakante Funktion als DPoIG-Kreisvorsitzende der Bereitschaftspolizei in Thüringen zu übernehmen und dort aktive Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Ist Ihnen diese Entscheidung leichtgefallen?

Daniela Mai (D. M.): Zunächst möchte ich erst einmal André Wagner meinen Dank für die geleistete gewerkschaftliche Arbeit innerhalb der BPTH zum Ausdruck bringen. Sicher wird es nicht einfach sein, hier nahtlos anzuknüpfen, denn gewerkschaftliches Engagement bedeutet auch immer neben der beruflichen Belastung vor allem in der Freizeit tätig zu werden. Da ich dieses Amt jedoch nicht nur pro forma ausfüllen, sondern auch einen aktiven Beitrag zur Entwicklung unserer Gewerkschaft setzen will, habe ich natürlich reiflich überlegt, wie es mir möglich sein wird, Anforderungen im Dienst mit denen im gewerkschaftlichen Amt in Einklang zu bringen.

P. S.: Sie haben erst kürzlich den Weg zur DPoIG gefunden, was bewog Sie zu diesem Schritt?

D. M.: Im Laufe meiner beruflichen Tätigkeit musste ich immer wieder erfahren, dass es nur ein gemeinschaftliches

Handeln ermöglicht, sich auch nachhaltig Gehör zu verschaffen. Eine einzelne Stimme kann schnell verstummen, denn sie hat alleine nicht die Kraft gehört zu werden.

Sind es doch unsere Kolleginnen und Kollegen, welche im Dienstalltag neben positiven Erfahrungen zuerst Schwachstellen bemerken. Zumal auch der Polizeidienst nicht statisch und über viele Jahre unverändert abläuft, sondern wechselnden Veränderungen angepasst werden muss, ist es auch nicht ungewöhnlich, dass sich im Zuge dieser Anpassungen Schwachstellen herausstellen, die so nicht vorhersehbar waren. In erster Linie sind es unsere Kolleg(inn)en, welche diese im Dienstalltag erkennen und Ideen zur Verbesserung entwickeln. Einzelne Stimmen finden da kaum Gehör, aber mit einer starken Gemeinschaft können wir uns Gehör verschaffen. Solch eine ist eben die Gewerkschaft!

■ Gemeinsam die Zukunft gestalten

Andererseits darf nicht vergessen werden, dass gerade in der Bereitschaftspolizei viele junge Kolleginnen und Kollegen ihren Dienst versehen und eine lange berufliche Perspektive vor sich haben. Durch ihr gewerkschaftliches Engagement tragen sie dazu bei, Grundlagen und Bedingungen für ihre weitere Tätigkeit im Polizeidienst zu legen. Einzelnen Personen wäre dieser Weg wohl größtenteils verschlossen.

Ich möchte aber auch nicht unerwähnt lassen, dass ein guter Rechtsschutz, wie ihn die



> Daniela Mai

DPoIG bietet, ein starkes Argument für eine Mitgliedschaft ist.

P. S.: Sie haben in den vielen Jahren im Polizeidienst sicher so manche Höhen und Tiefen im Alltag erlebt. Natürlich ist es nicht unsere Absicht, in eine Rückschau zu verfallen, sondern den Blick nach vorn zu wagen. Sicher gibt es vieles, was gut läuft, aber die gewerkschaftliche Arbeit besteht eben vor allem darin, darauf zu verweisen, was verbesserungswürdig ist, und hier gemeinsam mit dem Dienstherrn Wege zur Umsetzung zu finden. Welche Baustellen sehen Sie aktuell bei der Thüringer Polizei?

D. M.: Das ist eine schwierige und sehr komplexe Frage, die auch nicht so einfach zu beantworten ist. Jeder Beschäftigte in der Thüringer Polizei hat seine Erfahrungen im Berufsalltag gemacht. Mich selber erschreckt es, dass viele Kolleginnen und Kollegen den Polizeiberuf wieder verlassen, viele noch in der Ausbildung und einige auch erst Jahre später.

Natürlich fragt man sich, warum das so ist! Wo kann man Gründe dafür finden? Eine einzige Antwort wird es darauf gewiss nicht geben, denn die Gründe dürften sehr vielschichtig sein. Da überwiegen leider noch die offenen Fragen, auf die es keine schlüssigen und endgültige Antworten gibt.

► Viele offene Fragen verlangen nach Antworten

Fragen wie: Ist es ein Generationsphänomen, bietet die Wirtschaft bessere Bedingungen? Ist unser Beamtensystem so, wie es ist, noch zeitgemäß? Kann man daran überhaupt etwas ändern? Können wir noch mehr für die Gesundheit unserer Kolleg(inn)en und Bediensteten sorgen? Welche Möglichkeiten gibt es, berufliche Perspektiven zu schaffen?

Gefühlt ist es eine riesige Baustelle und alleine hat man keine Chance, diese überhaupt fertigzustellen! Auch das sollte ein Grund für alle Kolleginnen und Kollegen sein, sich in der Gewerkschaft zu engagieren.

P. S.: Sie haben viele offene Fragen angesprochen. Als Kreisvorsitzende haben Sie auch das Glück und die Möglichkeit, aktiv an der Lösung so manch offener Fragen mitzuarbeiten. Welche Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit möchten Sie persönlich in den Vordergrund stellen?

D. M.: Am liebsten würde ich ja auf alle Fragen eine schnelle Antwort finden. Das wäre der Idealzustand. Aber ich bin auch Realistin und weiß, dass dies nur eine Wunschvorstellung ist, welche sich so in der Realität nicht umsetzen lässt.

So gilt es, zunächst Schwerpunkte zu setzen, welche aus

meiner Sicht einer dringenden Lösung bedürfen und nicht weiter aufgeschoben werden sollen. Ich möchte hier nur einige Beispiele nennen:

- Wer sich für den Polizeidienst entschieden hat, erwartet auch Perspektiven für seine berufliche Zukunft. Je nach persönlichem Alter sind es durchaus unterschiedliche Fragen, welche in den Vordergrund rücken. Jüngere Kolleg(inn)en werden natürlich nach den Aufstiegsmöglichkeiten fragen, welche sich ihnen eröffnen.
- Ebenso steht gerade für die Kolleg(inn)en, welche eine Familie gegründet haben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Mittelpunkt. Dies betrifft einen planbaren Alltag von Dienst und Familie ebenso, wie die Kindertagesbetreuung. Was kann hier getan werden, um unsere Kolleg(inn)en zu unterstützen? Ist es sinnvoll und angebracht, eigene Angebote ins Leben zu rufen?
- Andererseits merken gerade die Kolleginnen und Kollegen, welche im ESD tätig sind, dass die Bewältigung des Dienstalltages mit zunehmendem Alter immer schwieriger wird und an die eigene Substanz geht. Wäre es hier nicht angebracht, diesen Kollegen die Möglichkeit zu bieten, ohne Abzüge eher in Pension zu gehen?

► Bestmöglicher Schutz im Dienstalltag gefordert

- Unabhängig vom Alter ist natürlich der bestmögliche Schutz im Dienstalltag. Entscheidend ist dabei die Ausrüstung, welche zur Verfügung gestellt wird. Da gibt es vieles, was zu verbessern ist beziehungsweise endlich als Standard eingeführt werden muss. Ich möchte nur einige Beispiele nennen. Es ist nicht

nachzuvollziehen, warum der Einsatz von Bodycams noch immer nicht zum Dienstalltag gehört. Ich verstehe ehrlich gesagt nicht, warum hier immer wieder neue Erprobungsreihen gestartet werden. In anderen Bundesländern ist dies bereits möglich und hat sich als vorteilhaft für alle beteiligten Seiten erwiesen.

- Ebenso sollte der Einsatz von Tasern dringend vorangetrieben werden. Mir ist durchaus bewusst, dass diese auch mit gesundheitlichen Gefahren verbunden sind, aber im Verhältnis zum Schusswaffeneinsatz ist dies zweifelsfrei die bessere Lösung.
 - Nicht zuletzt zeigen sich auch in der Aus- und Fortbildung so manche Lücken, die es umgehend zu beheben gilt. Es dürfte wohl allen klar sein, dass eine effiziente Weiterbildung die Grundlage für eine gute und effiziente Polizeiarbeit bildet.
- Das sind längst nicht alle Punkte, welche angesprochen werden müssen, aber aus meiner Perspektive wohl diejenigen, welche einer dringenden Lösung bedürfen.

P. S.: Das sind wichtige Punkte, welche Sie hier angesprochen haben. Wie Sie bereits betonten, werden Sie alleine keine Lösungen herbeiführen können. Es bedarf einer starken und schlagkräftigen Gewerkschaft. Wie kann man aus Ihrer Sicht bestehende Mitglieder effektiv einbinden und bisher nicht organisierte Kolleg(inn)en für die Gewerkschaftsarbeit gewinnen?

D. M.: Kommunikation spielt da sicher eine entscheidende Rolle. Zunächst möchte ich sagen, dass ich jederzeit für unsere Mitglieder immer ein offenes Ohr habe und es mir wünschen würde, dass sie das Gespräch suchen würden. Dies nicht nur deshalb, da ich gerne

wissen möchte, wie es ihnen im Dienstalltag ergeht und was sie bedrückt, sondern weil ich mich auch über ihre Ideen und Vorschläge für notwendige Veränderungen im Dienstalltag austauschen möchte.

Eventuell gibt es tolle umsetzbare Ideen, auf die wir vielleicht nicht kommen würden, da wir einsatzbedingt nicht die gleiche Sichtweise haben!

Sagen wir es einmal so – unausgesprochene Probleme verändern sich in aller Regel nicht von alleine. Nur durch gemeinsame Kommunikation wird man sich dieser oft bewusst und findet auch gemeinsame Lösungsansätze. Was kann im schlechten Fall passieren – alles bleibt zunächst, wie es ist. Reden wir jedoch miteinander und legen den Fokus auf so manches Problem, dann besteht eine reale Chance für Veränderungen. Warum sollte man diese ungenutzt verstreichen lassen?

► Umfragen konnten nicht überzeugen

Oft werden auch Umfragen zur Zufriedenheit im Dienstalltag veröffentlicht. In diesen habe ich mich nie so richtig wiedergefunden. Es mag auch an der jeweiligen Fragestellung liegen, in welcher die Antwortmöglichkeiten so begrenzt sind, dass beispielsweise auf einer Scala von 1 bis 10 der Grad der eigenen Zufriedenheit bewertet werden soll. Das Ergebnis ist dann nett oder betrüblich anzuschauen, bleibt jedoch in der Regel ohne Konsequenzen.

Hier wäre eine andere Art der Befragung zu empfehlen. Ich würde gerne fragen: Was habt ihr für Vorschläge zu möglichen Veränderungen in der Polizei? Mir dabei aber auch konkrete Ideen wünschen, um dann mit den Kol-

leg(inn)en ins Gespräch zu kommen.

Eventuell wäre es sogar sinnvoll, einen kleinen Wettbewerb für die beste Idee ins Leben zu rufen, wie es in manchen Unternehmen gängige Praxis ist. Da dies auch im Interesse des Dienstherrn wäre, könnte er für die besten praktikablen Ideen eine Prämie als Anreiz ausloten.

Als Gewerkschaft müssen wir wissen, was unsere Mitglieder bedrückt, wir müssen zuhören, evaluieren, filtern und Lösungen finden, um die beruflichen Bedingungen weiterhin zu verbessern.

Mitglieder mitgestalten lassen, respektvollen Umgang mit einer Anerkennung der Arbeit fördern und etablieren, quasi die intrinsische, also die aus

dem eigenen Inneren entspringende Motivation fördern.

P.S.: Vielen Dank für diese interessanten und anregenden Aspekte. Wie sehen Sie Ihre Arbeit in naher Zukunft?

D.M.: Als derzeit eingesetzte Kreisvorsitzende der DPolG der BPTH freue ich mich auf eine tolle Zusammenarbeit und würde es begrüßen, wenn „WIR“ zusammen unsere Zukunft erfolgreich gestalten.

Veränderungen wird es geben und sicher werden wir nicht immer alles zur Zufriedenheit aller lösen können. Alleine schon deshalb, da gewisse Rahmenbedingungen es nicht so einfach ermöglichen.

Ich selber bin aber immer ein Verfechter von: Ein „Geht nicht“ will ich nicht hören, es

ist vieles, wenn nicht alles möglich, man braucht nur Zeit und ein lösungsorientiertes konstruktives Zusammenarbeiten, was uns zu einer realistischen Lösung bringt.

Wenn wir nicht versuchen, etwas zu verändern, wird sich auch nichts ändern, und nur, wer kleine Schritte voreinandersetzt, wird auf einen langen, erfolgreichen Weg zurückblicken können. Dieser wird auch steinig sein und manchmal kommt man nicht so schnell voran, wie man es sich vorgestellt hat, aber stehen bleiben und aufgeben ist hier die falsche Entscheidung.

Immer einmal mehr aufstehen als hinfallen, auch wenn es schwer fällt, und gemeinsam in der DPolG fällt es auf jeden Fall leichter.

P.S.: Wir haben vieles ansprechen, aber auch viele Themen, welche genauso wichtig sind, nicht eingehend erörtern können. Dies wird hoffentlich in zukünftigen Gesprächen der Fall sein. Für Ihren Start im neuen Amt als Kreisvorsitzende in der BPTH wünschen wir Ihnen in jedem Fall alles Gute und eine breite Unterstützung durch die Kolleginnen und Kollegen unserer Gewerkschaft.

D.M.: Vielen Dank! Ich denke auch, dass es noch viele Probleme gibt, welche es anzusprechen gilt. Dafür stehe ich auch als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Egal was unsere Kolleginnen und Kollegen bewegt, in jedem Fall bin ich rund um die Uhr via Mail (Maida@DPoIG-Thuringen.de) erreichbar und werde mich auch schnellstmöglich zurückmelden. ■

DPoIG-Fachgruppe Justiz

Rainer Kräuter mit dem Aufbau beauftragt

Auf dem vergangenen Landesdelegiertentag wurde beschlossen, dass die DPolG zukünftig auch den Bediensteten der Justiz im Freistaat als gewerkschaftliche Interessenvertretung zugänglich sein wird.

Um dies konkret auszugestalten, wurde der erfahrene Gewerkschafter und DPolG-Mitglied Rainer Kräuter mit dem Aufbau der DPolG-Fachgruppe beauftragt. Eine sicherlich nicht so einfache Aufgabe, welche jedoch bei einem gewerkschaftlich so versierten Kollegen in gute Hände gelegt wurde.

Natürlich lassen sich neue Strukturen nicht über Nacht aufbauen, insbesondere dann, wenn dies, wie es bei der gewerkschaftlichen Arbeit eher

die Regel ist, ehrenamtlich erfolgt. Dennoch hat sich Kollege Kräuter bereit erklärt, sich dieser Aufgabe zu stellen, und bereits erste Vorstellungen für das Wirken der Fachgruppe Justiz entwickelt.

▶ Justiz muss auch Personalprobleme lösen

Wesentliche Elemente der Arbeit der Fachgruppe sieht er zunächst in folgenden Punkten:

- ▶ Zusammenwirken mit allen Berufsvertretungen im Bereich der Justiz in Thüringen
- ▶ Anpassung der Besoldungsbedingungen für Anwärter an das Bundesniveau
- ▶ Verfassungsgemäße Alimentation der verbeamteten Beschäftigten in der Thüringer Justiz

- ▶ Überprüfung der Eingruppierung der Justizfachangestellten
- ▶ Erhöhung der Personalzahlen im Zusammenhang mit den stetig wachsenden Pensionsabgängen und wachsenden Belastungen im Umgang mit Insassen der Justizvollzugseinrichtungen
- ▶ Vereinbarkeit Familie und Beruf (Arbeitszeitmodelle und Homeoffice, wo es möglich ist)

▶ Gespräch mit Justizministerin geplant

Der Aufbau der Fachgruppe soll auf eine möglichst breite Basis gestellt werden und transparent erfolgen. Dazu ist es auch angedacht, das Gespräch mit der Thüringer Justizministerin Doreen Denstädt zu suchen und um einen entsprechenden Gesprächstermin zu bitten.



▶ Rainer Kräuter leitet die FG Justiz.

▶ Unterstützung willkommen

Es ist einleuchtend, dass Kollege Kräuter für den Aufbau der Fachgruppe jede nur mögliche Unterstützung benötigt. Hier sind alle Kolleg(inn)en, welche Interesse am Aufbau der Fachgruppe haben, aufgerufen, sich mit Kollege Kräuter in Verbindung zu setzen. Dies am besten via Mail (Justiz@DPoIG-Thuringen.de). ■